

Pressemitteilung

14. Januar 2021

Internationale Wertschöpfungsketten

Protektionismus zurückdrängen und globale Handelskonflikte verhindern

Berlin – Wir müssen den Wachstumsimpuls für die Zeit nach der akuten Corona-Krise jetzt vorbereiten. Für das exportorientierte Deutschland sind dazu verlässliche Handelsabkommen sowie intakte internationale Wertschöpfungsketten unverzichtbar. Die Abwahl von Donald Trump hat das Risiko eines unkontrolliert eskalierenden Handelskonflikts der USA mit der EU, China und weiteren Handelspartnern nicht eliminiert, sondern nur reduziert. Das **Institut der deutschen Wirtschaft (IW)** hat für die **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)** die möglichen Folgen eines Handelskonflikts berechnet und gleichzeitig untersucht, wie gut die Lieferketten während der Pandemie gehalten haben. Das Ergebnis: Im hypothetischen Fall einer starken Eskalation der US-Handelskonflikte (Anstieg der US-Zölle gegenüber den wichtigsten Handelspartnern um 25 Prozent und entsprechende Vergeltungsmaßnahmen) könnte das deutsche Bruttoinlandsprodukt nach zehn Jahren in preisbereinigter Rechnung um über 100 Milliarden Euro zurückgehen und die Arbeitslosigkeit um 0,5 Prozentpunkte steigen. Eine besonders brisante Mischung ergäbe sich, wenn nationale handelspolitische Ziele mit vorgeblichen Maßnahmen der Krisenprävention verknüpft würden. „Sollten neue Handelsbarrieren als Antwort auf neu bewertete Risiken der Globalisierung aufgestellt werden, gilt es zu verhindern, dass es im Zuge von Gegenmaßnahmen zu einer Eskalation von Handelskonflikten kommt“, so Studienautorin **Prof. Dr. Galina Kolev**.

Anders als in der Öffentlichkeit gelegentlich dargestellt, sind die Lieferketten seit Beginn der Pandemie recht robust geblieben. Die aktuelle Krise dürfte gleichwohl dazu führen, dass auch die Unternehmen die Risiken globaler Wertschöpfungsketten neu bewerten. Kolev: „Die Firmen müssen selbst entscheiden, wie sehr sie ihre Zulieferbeziehungen zur Erhöhung der Versorgungssicherheit in Zukunft stärker diversifizieren und inwieweit sie dabei bereit sind, höhere Kosten in Kauf zu nehmen.“ Demnach könnte lediglich für einzelne besonders sensible Produkte, etwa in der medizinischen Grundversorgung, ein staatliches Eingreifen gerechtfertigt sein.

INSM-Geschäftsführer **Hubertus Pellengahr** fordert die Bundesregierung auf, sich für eine wirksame Prävention von Handelskonflikten einzusetzen und den globalen Waren- und Dienstleistungsverkehr zu stärken: „Protektionismus schadet allen. Deshalb brauchen wir mehr Freihandelsabkommen und eine starke Welthandelsorganisation. Die Bundesregierung muss sich für den Abbau von Handelsbarrieren einsetzen und darf keine neuen schaffen. Das Management von internationalen Wertschöpfungsketten ist keine staatliche, sondern eine unternehmerische Aufgabe.“

Das IW Gutachten zu globalen Wertschöpfungsketten finden Sie unter www.insm.de.

Pressesprecher INSM: Florian von Hennet, Tel. 030 27877 174; hennet@insm.de